



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/usa-israel-opt-dismal-peace-deal-will-exacerbate-violations/>

NEWS

20. Januar 2020, 16:39 UTC

USA/Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete: **Miserabler ‘Friedensvertrag’ würde Menschen- und Völkerrechtsverstöße verschärfen und Straflosigkeit verfestigen**

Wie Amnesty International heute erklärte, liest sich das düstere Vorschlagspaket der Trump-Administration, das zu Verstößen gegen internationale Völkerrechte und zur Aberkennung weiterer Rechte von Palästinensern führen werde, wie ein Handbuch für zusätzliche Leiden und Verstöße innerhalb Israels und in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT/Occupied Palestinian Territories).

Die Organisation forderte die Internationale Gemeinschaft dringend auf, die von US-Präsident Donald Trump in seinem sogenannten „Jahrhundertabkommen“ dargelegten Maßnahmen zurückzuweisen, weil sie dem internationalen Völkerrecht zuwiderlaufen. Eine dieser Maßnahmen wäre, das israelische Hoheitsgebiet im Austausch gegen Landgrundstücke, die derzeit im Inneren des Staates Israel liegen, formal auf das Jordantal und auf die weit überwiegende Mehrheit der illegalen Siedlungen im Rest der besetzten Gebiete zu erweitern.

*„Während die Trump-Administration bei ihrem Abkommen das Prinzip des Landtauschs betont, sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass sie damit eine weitere Annexion palästinensischer Gebiete vorschlägt, die offenkundig gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht verstoßen würde. Im Verlauf der seit über einem halben Jahrhundert andauernden Besatzung hat Israel ein System der institutionalisierten Diskriminierung gegen die Palästinenser*innen eingerichtet, die sich unter seiner Herrschaft befinden, und*

verweigert ihnen grundlegende Rechte und den Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln bei Regelverletzungen. Das Trump-Abkommen läuft auf eine Billigung dieser brutalen und rechtswidrigen Vorgehensweisen hinaus,“ sagte Philip Luther, Leiter der Abteilung Research und Advocacy für die Region Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

Der vorgeschlagene Landtausch beinhaltet die potentielle Übertragung von Gebieten mit einem hohen Anteil an palästinensischen Einwohner*innen auf einen zukünftigen Staat Palästina. Diese Tatsache an sich lässt Bedenken aufkommen, dass palästinensische Bürger*innen des Staates Israel dann dort ihre Rechte verlieren könnten.

Amnesty International ruft die Internationale Gemeinschaft dazu auf, die Annexionsvorschläge abzulehnen, weil sie gegen das internationale Völkerrecht verstoßen, und die Illegalität von israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet erneut zu bekräftigen. Vorschläge wie dieser werden weder die rechtlichen Verpflichtungen Israels als Besatzungsmacht anhand des Internationalen Humanitären Völkerrechts und der Internationalen Menschenrechtsnormen ändern, noch können sie der palästinensischen Bevölkerung den Schutz aberkennen, der ihnen durch dieser Regelwerke garantiert ist.

Darüber hinaus enthält das Abkommen auch Vorschläge zur Einrichtung eines „Kompensationsmechanismus“ für palästinensische Flüchtlinge, anstatt ihnen ihr Recht auf Rückkehr zu gewähren. Mit über 5,2 Millionen registrierten Flüchtlingen stellen die Palästinenser*innen eine der größten Flüchtlingsbevölkerungen auf der Welt dar. Nach internationalem Völkerrecht steht den palästinensischen Flüchtlingen, die im Jahr 1948 aus ihren Häusern geflohen sind oder die von dort vertrieben wurden, ebenso wie ihren Nachkommen das Recht zu in ihre Heimat zurückzukehren. Dabei handelt es sich um ein individuelles Menschenrecht, das nicht im Rahmen politischer Konzessionen aufgegeben werden kann.

„Über 70 Jahre nachdem sie selbst, ihre Eltern oder ihre Großeltern ursprünglich aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sitzen Hunderttausende palästinensische Flüchtlingen in überfüllten Flüchtlingslagern in der Falle. Der Vorschlag von US-Präsident Trump ignoriert die Rechte der Flüchtlinge nach internationalem Völkerrecht und die Jahrzehnte des Leidens, die diese Menschen durchlebt haben,“ erläuterte Philip Luther.

Schließlich wird mit dem Abkommen auch versucht, die internationale Justiz zu untergraben. Erst kürzlich hatte das Büro der Strafverfolgungsbehörde des Internationalen Strafgerichtshofs Fortschritte in Richtung einer Untersuchung zur Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten verkündet. Das Abkommen indes besteht darauf, dass die palästinensischen Behörden während der Verhandlungen *„keine gerichtlichen Schritte“* unternehmen dürfen *„und alle bereits anhängigen Verfahren gegen den Staat Israel, die Vereinigten Staaten von Amerika sowie gegen jegliche Bürger dieser beiden Länder fallen lassen müssen, sei es vor dem Internationalen Strafgerichtshof, dem Internationalen Gerichtshof oder vor jeglichen anderen Tribunalen.“*

Im Dezember 2019 verkündete die Strafverfolgerin des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), [eine vorläufige Untersuchung zu Palästina habe ergeben, dass in den besetzten palästinensischen Gebieten Kriegsverbrechen begangen worden seien](#) und dass eine Untersuchung durch den des Internationalen Strafgerichtshof eröffnet werden sollte, sobald die territoriale Zuständigkeit des Hofes bestätigt worden sei.

Das Abkommen verlangt im Übrigen weiter, dass die palästinensischen Behörden auch *„durch Interpol oder ein anderes nicht-israelisches oder (gegebenenfalls) nicht den Vereinigten Staaten von Amerika zugehöriges Rechtssystem keine gerichtlichen Schritte gegen Bürger des Staates Israel oder der Vereinigten Staaten von Amerika“* unternehmen darf. Dahinter steht der eklatante Versuch zu verhindern, dass sich palästinensische Bürger durch die Anwendung des Weltrechtsprinzips - eines der grundlegendsten Instrumente internationaler Justiz - vor den nationalen Gerichten dritter Länder um Gerechtigkeit bemühen.

„Ein gerechter und dauerhafter Frieden braucht einen Plan, der die Menschenrechte von Palästinensern und Israelis in den Vordergrund stellt und der Gerechtigkeit und Entschädigungen für Opfer von Kriegsverbrechen und anderen schwerwiegenden Verstößen beinhalten muss. Der Vorschlag des US-Präsidenten Donald Trump hält nicht nur diesem Lackmustest nicht stand, er versucht auch noch, die derzeit laufenden Bemühungen um Gerechtigkeit für beide Seiten, die palästinensische wie die israelische, zu torpedieren,“ so Philip Luther.

HINTERGRUND

Am 20. Januar 2020 stellte der US-amerikanische Präsident Donald Trump sein „*Friedensabkommen*“ in Form eines 180-seitigen Vorschlagpapiers mit dem Titel „*Vom Frieden zum Wohlstand*“ vor und erklärte, es handele sich dabei um eine „*realistische Zweistaatenlösung*“, der der Staat Israel bereits als Grundlage für Verhandlungen mit den Palästinensern zugestimmt habe. Der Plan war ohne jede Rücksprache mit der palästinensischen Führung vorbereitet worden.